

2460/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Kier und PartnerInnen
an den Bundeskanzler

betreffend ausbleibende Stellungnahmen von RessortleiterInnen zu Mängelerhebungen der
Arbeitsinspektion im Bundesbedienstetenschutz

In der beigeschlossenen Anfrage an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
haben die unterzeichneten Abgeordneten nach der künftigen Vorgangsweise der Frau
Bundesministerin betreffend ausbleibende Stellungnahmen anderer Ressortverantwortlicher
zu den Beanstandungen im Bereich des ArbeitnehmerInnenschutzes im öffentlichen Dienst
gefragt.

Als für die Koordinierung der Regierungsarbeit zuständigen Bundeskanzler stellen die
erwähnten Abgeordneten im Zusammenhang damit folgende

ANFRAGE

1. Was gedenken Sie als für die Koordinierungsfunktion zuständiger Bundeskanzler zu tun,
daß das eklatante Säumigkeiten wie die Mißachtung parlamentarischer Berichtspflichten durch
einzelne RessortleiterInnen betreffend ausbleibende Stellungnahmen zum
Arbeitsinspektionsbericht auf den Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes künftig
hintangehalten werden und diese Verpflichtenden Stellungnahmen rechtzeitig beim Zentral-
Arbeitsinspektorrat als der zuständigen, dem BMAGS nachgeordneten Dienststellen,
einlangen?

2. Für Ihr Ressort ist im Bericht 1994 (S.7) die von der Arbeitsinspektion überprüfte
Dienststelle Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1160 Herbststraße 57, angeführt. Zu
den in dieser Dienststelle erhobenen Mängel langte von Ihnen als zuständigem
Ressortleiter (bzw. Ihrem Amtsvorgänger) ebenfalls KEINE Stellungnahme ein.

a) Weshalb erfolgte zu den darin bezeichneten Mängelerhebungen keine
Stellungnahme?

b) Können Sie ausschließen, daß zumindest in Ihrem Ressortbereich künftig rechtzeitig
die Stellungnahmen abgegeben werden?